

19. III. 1918

(Eine Versammlung gegen die Zentralen.)  
Im großen Dreheraal auf der Landstraße fand Samstag abends eine vom Demokratischen Wählerverein einberufene, von mehr als 3000 Personen, Kaufleuten, Gewerbetreibenden, Marktwirtschaftshändlern und Konsumenten, besuchte Protestversammlung gegen die Zentralen statt. Nach Eröffnung durch den Vorstehenden Herrn Straßberger berichtete Reichsratsabgeordneter Zenker über die unter seiner Führung beim Ministerpräsidenten erschienene Deputation. Das weitgehende Entgegenkommen des Ministerpräsidenten gegenüber den Wünschen der bei ihm erschienenen Vertreter von Approvisionierungsgewerben und Konsumenten hinsichtlich der Zentralen sei als ein großer Erfolg zu bezeichnen. Dieser Erfolg werde ein Ansporn sein, den Kampf für den freien Handel mit aller Energie fortzusetzen. Der Macht der Zentralen müsse die Macht der großen Masse entgegengestellt werden. (Lebhafter Beifall.) Bezirksvorsteher Dr. Blasel teilte hierauf mit, daß er vor einigen Tagen mit einigen Marktfrauen in Audienz bei einer hohen Dame war, welcher er das große Elend der Marktleute darlegte. Auf ihr Verlangen wurden in einer ihr übergebenen Denkschrift, welche sie versprach, an noch höherer Stelle zu überreichen,

die diesbezüglichen Verhältnisse eingehend dargestellt. Nachdem er der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß dieser Aktion voller Erfolg beschieden sein werde, brachte er folgende telegraphische Antwort auf ein an den ungarischen Handelsminister gerichtetes Begrüßungstelegramm zur Verlesung: „Mit aufrichtigem Danke nahm ich die herzliche Begrüßung auf, auf welche ich nur soviel erwidern möchte, daß ich die gerechten Interessen des Handels, der Industrie und des Handwerks zu vertreten immer als meine Pflicht betrachten werde. Handelsminister Szterenyi.“ Redner beschäftigte sich nun in seinen weiteren Ausführungen mit den einzelnen Zentralen, an deren Wirtschaft er eine scharfe Kritik übte. Ferner polemisierte er gegen die Ausführungen des Marktdirektors Bauer im Ernährungsamt, der dort erklärt hatte, daß während des Krieges doppelt so viel Gemüse auf die Märkte gekommen sei als in der Friedenszeit. Diese Mitteilung rief den heftigsten Widerspruch der Versammlung hervor; man rief: „Haben wir vor dem Krieg auch Braten gegessen?“ „Haben wir früher Brennnesseln gegessen?“ „Alee gegessen?“ „Wie kann der Marktdirektor so was behaupten, er soll herkommen und uns das sagen! Bei Erörterung der Möglichkeit eines Streiks der Geschäftsleute wurde Dr. Blasel vom Regierungsvertreter unterbrochen, worauf Redner in erregtem Ton erklärte, was den Sozialdemokraten erlaubt ist, wird auch dem Bürgertum noch erlaubt sein. Er schloß dann unter stürmischen Kundgebungen der Versammlung mit dem Ruf: Weg mit den Zentralen! Nachdem noch Kommerzialrat Lehnert gesprochen hatte, legte Herr Straßberger Rechnungen der „Geos“ über Aepfel vor, aus denen hervorging, daß sie einen Waggon steirischer Aepfel, die ihr laut Faktura um 5294 K. geliefert wurden, um 8099 K. verkauft habe. (Stürmische Entrüstungskundgebung und Rufe: Da muß man gegen die „Geos“ die Anzeige beim Bucheramt machen! Preistreiber! Wenn das infanzus tät! Nieder mit der „Geos!“) Fleischhauer Kejel beleuchtete die Verhältnisse bei der Häute- und Lederzentrale, der Del- und Fettzentrale und mehreren andern Zentralen. Es sprachen noch die Gemeinderäte Schäffer und Stein, die Marktfrau Frau Bart, welche betonte, wenn die Zentralen aufgelöst werden, werde es möglich sein, grüne Fischen im 40 S. statt um 4 K. zu verkaufen, worauf auf Antrag des Vorstehers Dr. Blasel ein Organisationskomitee gewählt wurde, dem folgende Mitglieder angehören: Reichsratsabgeordneter Zenker, Bezirksvorsteher Dr. Blasel, Kommerzialrat Lehnert, Bezirksrat Bizaraki, Gemeinderat Schäffer, Bezirksrat Günther, Präsident des Handels- und Industrievereines Wolf, Fleischhauer Hütter, Großhändler Schmiedl, die Marktwirtschaftshändler Straßberger, Reprivi und Lachner und Arbeiter Kölbl. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung verlangt die sofortige öffentliche Rechnungslegung der Zentralen und die Kontrolle der Bilanzen durch unabhängige Kaufleute. Ferner wird die sofortige Entfernung der gänzlich unfähigen Leitung der „Geos“ verlangt. Der Regierung wird die Verantwortung für ein weiteres Versagen der „Geos“ zugeschoben, wenn sie nicht dem unerträglichen Zustand ein sofortiges Ende macht. Dasselbe gilt auch für alle andern Zentralen.“